



22. Dezember 1980

Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan, Gesuch der Firma Mowag

- Militärdepartement. Antrag vom 21. Juli 1980 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom
 7. August 1980 (Beilage)
 Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 11. August 1980
 (Beilage)
 Militärdepartement. Stellungnahme vom 15. August 1980 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Vernehmlassung
 vom 19. August 1980 (Beilage)
 Militärdepartement. 2. Stellungnahme vom 22. August 1980
 (Beilage)
 Militärdepartement. Ergänzender Bericht vom 8. September 1980
 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Stellungnahme vom
 17. Dezember 1980 (Beilage)
 Militärdepartement. Vernehmlassung vom 19. Dezember 1980
 (Zustimmung)

Gestützt auf den Antrag und den Ergänzungsantrag des Militärde-
 partements und auf das Mitberichtsverfahren sowie aufgrund der
 Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Das Gesuch der Firma Mowag wird abgelehnt.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

- EMD 6 zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EJPD 3 zur Kenntnis
- EFD 7 " "
- EVD 5 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

S. W. M. W.





EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 793.12/79

3003 Bern, 21. Juli 1980

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan

Die Firma Mowag sah im Herbst des vergangenen Jahres die Möglichkeit, in Taiwan einen künftigen Markt für ihre Kriegsmaterialprodukte zu öffnen. Die Probleme dieser Firma sollen hier nicht weiter erörtert werden. Sie sind bekannt. Durch einen konstanten Interventionsdruck bei kantonalen Behörden und allen eidgenössischen Departementen versucht die Firma Mowag, für sie günstige Verfügungen zu erlangen.

Mit einem Antrag vom 24. September 1979 unterbreiteten wir dem Bundesrat ein Gesuch für Chile und Taiwan und führten in bezug auf letzteren Staat folgendes aus:

In bezug auf Taiwan liegt das Problem zum Teil auf einem ganz andern Gebiet. Gemäss Politischer Abteilung II liegt zwar auch Taiwan in einem Gebiet, das weiterhin krisenanfällig ist und in dem neue bewaffnete Konflikte nicht ausgeschlossen werden können. Die Regierung der Volksrepublik China habe nämlich nach wie vor auf eine "Rückkehr" der abtrünnigen Provinz Taiwan nicht verzichtet. Ihrerseits habe die "Regierung der Republik China" in Taipeh die "Befreiung" des chinesischen Festlandes nie aufgegeben. Seitdem die Schweiz am 17. Januar 1950 die Volksrepublik China anerkannt habe, unterhalte sie diplomatische Beziehungen mit der Regierung in Peking als der alleinigen Regierung in China. Demzufolge sei es nicht möglich, die in Art. 11 Abs. 1 Bst. b KMG erforderliche Nichtwiederausfuhr aus Taiwan entgegenzunehmen und überprüfen zu lassen.

Das erste Argument betreffend Spannungen und Konflikte sollte relativiert werden. Es trifft sicher zu, dass die "beiden"

China einander nach wie vor feindlich gesinnt sind. Es scheint sich aber doch ein gewisser modus vivendi eingelebt zu haben, der die Feindschaft auf ein gelegentliches Imponiergehabe reduziert. Wie in bezug auf Chile ist das Spannungsverhältnis an der allgemeinen Bedeutung und Ausdehnung beider Staaten, vor allem Volkschinas zu messen. Aus dieser Sicht kann kaum von "gefährlichen" Spannungen die Rede sein.

Gewichtiger ist das Problem mit den Nichtwiederausfuhrerklärungen. Materiell wird die Schweiz kaum je in die Lage kommen, das effektive Verbleiben von Kriegsmaterial in einem Staat zu kontrollieren, also zu überprüfen, ob es tatsächlich noch dort ist. An sich könnte zwar eine schweizerische Vertretung bei Verdacht der Nichteinhaltung der Verpflichtung von der Regierung verlangen, dass ihr das Material gezeigt wird. Dies bleibt aber eine sehr theoretische Möglichkeit. Hingegen wird von den schweizerischen Vertretungen im Ausland stets geprüft, ob die Unterschriften auf den Nichtwiederausfuhrerklärungen echt sind und die Erklärung von zuständiger Stelle erlassen wurde. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich eine anerkannte Regierung völkerrechtlich verpflichtet fühlen wird, sich an eine eingegangene Erklärung zu halten, jene eines nicht anerkannten Staates hingegen nicht im gleichen Ausmass. Bei der Erteilung einer Ausfuhrbewilligung nach Taiwan kann zwar die Lieferfirma verpflichtet werden, eine Nichtwiederausfuhrerklärung der Regierung Taiwans zu beschaffen. Dessen Wert ist aber nur im Rahmen des allgemeinen Vertrauens vorhanden. Weder ist die Unterschrift kontrollierbar, noch ist die Nichteinhaltung völkerrechtlichen Sanktionen ausgesetzt. So verbliebe die Möglichkeit des Missbrauchs, d.h. dass Kriegsmaterial aus der Schweiz in andere - unerwünschte - Staaten gelangen könnte.

Die pragmatische Tendenz des Militärdepartements lag also eher in Richtung der Bewilligungserteilung.

In seinem Mitbericht vom 8. Oktober 1979 lehnte das EDA die Bewilligungserteilung ab, worauf der Bundesrat am 14. November 1979 die Bewilligungserteilung ablehnte.

Ein insistierendes Wiedererwägungsgesuch der Firma Mowag wurde am 27. Februar 1980 wiederum durch den Bundesrat abgelehnt.

Einige Monate später, am 13. Mai 1980, empfing der Vorsteher des EMD den Regierungsrat des Kantons Thurgau und hatte dabei unter anderem die Gelegenheit, auch auf die Frage der Kriegsmaterial-Ausfuhr einzugehen. Angesichts der für die vorsprechende Behörde allgemein eher negativ verlaufenen Unterredung wurde angedeutet, dass in bezug auf Taiwan möglicherweise

Bei
- " "
- A

Zun

EDA

Pro

EMD

DEPARTEMENT
- 3 -
FEDERAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO GENERALE DEGLI AFFARI ESTERI

doch nicht das letzte Wort gesprochen worden sei. Es wurde eine Ueberprüfung zugesichert. Davon ausgehend hat die Firma Mowag am 26. Juni 1980 nunmehr ein neues Gesuch für Taiwan eingereicht. Auch wenn es sich nur um eine Musterlieferung von einer Scheitellafette, einem Panzerturm und zehn Kugelblenden im Wert von ca. Fr. 280'000.-- handelt, ist diesem Umstand keine besondere Bedeutung beizumessen, weil im Bewilligungsfall und bei geschäftlichem Erfolg der Firma Mowag mit grossen Bestellungen - vermutlich auch von Panzerfahrzeugen - gerechnet werden müsste. Dem Gesuch legt die Firma ein umfangreiches Dossier bei, das nicht ausgeteilt wird, mit Ausnahme der "Begründung", damit - einmal mehr - der Bundesrat die Gelegenheit erhält, von der Argumentation der Firma Mowag in der für sie bedeutenden Frage Kenntnis zu nehmen.

Das EDA lehnt im kleinen Mitberichtsverfahren die Bewilligungserteilung nach wie vor ab (Beilage).

Ueber die Frage, ob ein drittes Mal der Bundesrat entscheiden muss, kann man verschiedener Auffassung sein. Offensichtlich lässt sich die Gesuchstellerin nicht von der Verwaltung oder einem Departement "abspeisen", bedient sie doch stets auch Vorsteher anderer Departemente mit ihren Eingaben. Zudem hat das Militärdepartement den Eindruck, eine Belieferung Taiwans könne eben doch in Frage kommen und verweist hierzu auf die frühere Argumentation. Nachdem der Firma Mowag eine Wiedererwägung in Aussicht gestellt wurde und bisher der Bundesrat entschied, soll auch er wieder einen neuen Beschluss fassen.

Wir stellen deshalb folgenden

Alternativvorschlag:

1. Das Gesuch der Firma Mowag für Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan wird bewilligt.
2. Das Gesuch der Firma Mowag wird abgelehnt.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT


G.-A. Chevallaz

ilage

"Begründung" durch die Gesuchstellerin
Ansicht des EDA

im Mitbericht an:

EA EVD EJPD

Protokollauszug an:

ED (5) EDA (3) EJPD (2) EVD (1)



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.51.14.21.20.Allg. - SAL/lt

3003 Bern, den 7. August 1980

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Ausfuhr von Kriegsmaterial
nach Taiwan

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Militärdepartementes
vom 21. Juli 1980

Das Departement für Auswärtige Angelegenheiten ist der Ansicht, dass der Bundesrat die Bewilligung zur Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Taiwan verweigern soll.

Die Gründe, welche das Departement in seiner Stellungnahme vom 8.10.79 gegen eine Ausfuhrbewilligung nach Taiwan angeführt hat und welche zur Verweigerung einer solchen Bewilligung durch den Bundesrat am 14.11.79 sowie am 27.2.80 geführt haben, besitzen nach wie vor volle Gültigkeit:

- Die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach einer von der Schweiz nicht anerkannten Einheit, mit der keine offiziellen Beziehungen bestehen, würde einen kaum haltbaren Präzedenzfall zugunsten von anderen nicht anerkannten Gebieten und Organisationen darstellen (PLO, Sahara, Erythrea, Namibien usw.).
- Die im Art. 11 § lit. b des Kriegsmaterialgesetzes vorgesehenen Bestätigungen der Endverbleiberklärungen setzen das Bestehen offizieller Beziehungen voraus. Im Falle von Taiwan ist es uns nicht möglich, diese Prozedur zu vollführen.

- 2 -
 EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

- Unsere Vertretung in der Volksrepublik China hat uns gerade wieder in letzter Zeit verschiedentlich in anderen Zusammenhängen selbst vor quasi-offiziell schweizerischem Auftritt in Taiwan (OSEC usw.) gewarnt. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Taiwan würde sicher unsere seit der Gründung der Volksrepublik China bestehenden guten und noch ausbaufähigen Beziehungen schwer belasten.

Es dürfte sich kaum lohnen, unsere Beziehungen mit der Volksrepublik China durch eine Aenderung unserer bewährten Haltung gegenüber Taiwan aufs Spiel zu setzen.

Demnach ist das EDA nach wie vor der Ansicht, dass das Gesuch der Firma Mowag für Kriegsmaterialexporte nach Taiwan aus den vorstehenden Gründen strikt abzulehnen ist.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

An den Bundesrat
 Bern, den 11. Juli 1980



Pierre Aubert

Obwohl das völkerrechtliche Problem zwischen Taiwan und der Volksrepublik China noch immer nicht gelöst sein wird, hat sich in den letzten Jahren eine allgemeine Entwicklung der Entspannung und des politischen Versafts beobachten lassen. So hat sich auch der Handelsverkehr der Schweiz mit Taiwan - welches wir offiziell nicht anerkennen - weiterhin sehr günstig entwickelt. Aus diesen Gründen ist nicht anzunehmen, dass allfällige Lieferungen von Kriegsmaterial aus der Schweiz anders als zur eigenen Verteidigung gebraucht wird. Als Argumentation, wonach es nicht möglich sei, die gemäss Artikel II Absatz 1 lit b EMG erforderliche Erklärung der Nichtwiederausfuhr aus Taiwan entgegenzunehmen und überprüfen zu lassen, scheint uns etwas zu formalistisch und in der Praxis - auch in anderen Ländern - kaum je durchführbar.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

151.1 3003 Bern, den 11. August 1980

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Kriegsmaterialausfuhr
 nach Taiwan

Mitbericht

zum Antrag des EMD

vom 21. Juli 1980

Obwohl das völkerrechtliche Problem zwischen Taiwan und der Volksrepublik China noch längere Zeit nicht gelöst sein wird, hat sich in den letzten Jahren eine allgemeine Entwicklung der Entspannung und der politischen Vernunft beobachten lassen. So hat sich auch der Handelsverkehr der Schweiz mit Taiwan - welches wir offiziell nicht anerkannt haben - weiterhin sehr günstig entwickelt. Aus diesen Gründen ist nicht anzunehmen, dass allfällig zu lieferndes Kriegsmaterial aus der Schweiz anders als zur eigenen Verteidigung gebraucht wird. Die Argumentation, wonach es nicht möglich sei, die gemäss Artikel II Absatz 1 lit 6 KMG erforderliche Erklärung der Nichtwiederausfuhr aus Taiwan entgegenzunehmen und überprüfen zu lassen, scheint uns etwas zu formalistisch und in praxi - auch in andern Ländern - kaum je durchführbar.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

G.-A. Chevallaz



Unsere diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China könnten durch die Geschäfte der MOWAG u.E. kaum tangiert werden, da auch von anderen Ländern - u.a. den USA - Kriegsmaterial ohne Belastung derer Beziehungen nach Taiwan gelangte.

Die kritische Beschäftigungslage der MOWAG, die grosse Bedeutung dieses Probeauftrages für den Goodwill der MOWAG im ganzen süd-ostasiatischen Raum sowie der spezielle Status von Taiwan sprechen für eine Bewilligung des Gesuches.

Wir stellen deshalb den folgenden

A n t r a g :

Das Gesuch der Firma MOWAG für Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan wird bewilligt.

EIDGENÖSSISCHES
 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 793.12/79

3003 Bern, 15. August 1980

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan

S t e l l u n g n a h m e

zu den Mitberichten

1. des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten vom 7. August 1980
2. des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements vom 11. August 1980

Das Eidg. Militärdepartement hat von den beiden Mitberichten Kenntnis genommen und stellt zunächst fest, dass das Erfordernis eines neuerlichen Entscheides des Bundesrates über das Gesuch der Firma Mowag unbestritten ist. Im übrigen kommen in den Mitberichten die beiden entgegengesetzten Gesichtspunkte zum Ausdruck, welche das Militärdepartement in seinem Antrag vom 21. Juli 1980 ausführlich dargelegt hatte.

Die vom Departement für auswärtige Angelegenheiten vorgebrachten Gründe und Einwände gegen die Erteilung der Bewilligung können nicht leichthin von der Hand gewiesen werden. Aber auch die vom Volkswirtschaftsdepartement verfochtene Betrachtungsweise erscheint vertretbar, und die Auffassung des Militärdepartements geht ebenfalls eher in diese Richtung.

Das Eidg. Militärdepartement muss daher an seinem am 21. Juli 1980 gestellten Alternativvorschlag festhalten.

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

G.-A. Chevallaz



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.51.14.21.20.Formose
SAL/rb

3003 Berne, le 19 août 1980

Distribué

Au Conseil fédéral

Exportation de matériel de guerre
vers Taïwan

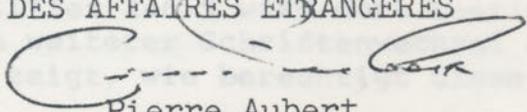
C o - r a p p o r t

complémentaire

à la prise de position du Département
militaire fédéral
du 15 août 1980

Le Département fédéral des affaires étrangères maintient son co-rapport néгатif du 7 août 1980 et le complète en soulignant que selon les dernières informations qui lui sont parvenues de notre Ambassadeur auprès de la République Populaire de Chine en date du 15 août 1980, la réunification de la Province de Taïwan à la "Mère-Patrie" figure dans le cahier des charges de l'armée populaire chinoise. La livraison de matériel de guerre suisse à la Province de Taïwan serait certainement contestée par le Gouvernement de Beijing qui élèverait probablement une protestation et qui prendrait certainement des mesures de rétorsion par exemple en excluant certaines offres de nos industries d'exportations qui seraient en concurrence avec d'autres pays. Au cas peu probable où une certaine tolérance des autorités de Beijing vis-à-vis de telles livraisons se manifestait, elles exigeraient la réciprocité pour des livraisons de matériel de guerre à destination de leurs territoires. Vu les relations tendues entre la Chine d'une part, le Vietnam et l'URSS d'autre part, il ne serait pas possible d'accorder de telles autorisations en respectant notre loi.

DEPARTEMENT FEDERAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES


Pierre Aubert



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 793.12/79

3003 Bern, 22. August 1980

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan

S t e l l u n g n a h m e

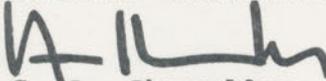
zur Vernehmlassung des Eidg. Departements für auswärtige
 Angelegenheiten vom 19. August 1980

Der vom Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten in seiner Vernehmlassung vorgebrachte Gesichtspunkt vermag die in Richtung Bewilligung gehende Auffassung des Eidg. Militärdepartements nicht ins Wanken zu bringen, denn es hatte diesen auch bedacht. Der Bundesrat hat vorliegend nicht über ein Bewilligungsgesuch für die Volksrepublik China zu entscheiden, und er wird wohl auch kaum je über ein solches zu beschliessen haben, wie das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten selbst zugibt. Aber selbst gesetzt den Fall und im heutigen Zeitpunkt betrachtet liesse sich eine unterschiedliche Behandlung Taiwans und der Volksrepublik angesichts der ungleichen Verhältnisse rechtfertigen, denn die vom Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten bezüglich der Volksrepublik China ins Feld geführten Spannungen mit Vietnam und mit der UdSSR können eben Taiwan nicht zur Last gelegt werden.

Im übrigen hat das Militärdepartement in seinem Antrag und in seiner Stellungnahme vom 15. August 1980 seine Auffassung dargelegt.

Das Eidg. Militärdepartement möchte diese aufforderungsgemäss erstattete Stellungnahme mit einem Hinweis auf die Richtlinien der Bundeskanzlei für die Vorbereitung und Erledigung der Bundesratsgeschäfte schliessen. In Ziffer 146.5 wird dort bestimmt, dass nach der Vernehmlassung kein weiterer Schriftenwechsel mehr stattfinde. Der vorliegende Fall zeigt, wie berechtigt diese Bestimmung ist.

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT


 G. A. Chevallaz



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 793.12/79

3003 Bern, 8. September 1980

In der Antwort anzugeben
A rappeler dans la réponse
Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan,
ergänzender Bericht

Im Sinne des Auftrages des Bundesrates vom 3. September 1980 können wir in bezug auf die der Firma Mowag vom EMD erteilten Aufträge folgendes berichten (vertraulich):

1. In den Jahren von 1966 bis heute wurden von der Gruppe für Rüstungsdienste inkl. Eidg. Rüstungsbetriebe folgende Beträge ausbezahlt:

1966	Fr.	196'598
1967		124'190
1968		1'380'733
1969		650'734
1970		1'258
1971		64'392
1972		3'513
1973		-
1974		-
1975		21'000
1976		403'212
1977		478'760
1978		100'154
1979		660'889
1980 (31.8.)		552'481

Total Fr. 4'637'914
=====

2. Für die Zukunft ergibt sich folgendes:

2.1. Im Juli 1980 hat die GRD mit der Firma Mowag einen Vertrag für die Helvetisierung von 225 Schützenpanzern

M 113 abgeschlossen. Die Auftragssumme beläuft sich auf ca. 5,6 Mio Franken, was einem Anteil von 87 % am Gesamtauftrag entspricht. Die restlichen 13 % entfallen auf die Eidg. Konstruktionswerkstätte, Thun, welche in diesem Geschäft auch die Funktion des Generalunternehmers inne hat. Dieser Auftrag ist ab der 2. Hälfte bis ins 1. Quartal 1983 beschäftigungswirksam.

Es ist ferner beabsichtigt, die Firma Mowag für die Helvetisierung von 160 Raupentransportfahrzeugen M 548 einzusetzen. Die Auftragserteilung soll noch 1980 erfolgen. Die Bestellsumme dürfte ca. 1,5 bis 2 Mio Franken betragen. Gleichzeitig soll auch der Umbau von 68 vorhandenen Raupentransportfahrzeugen M 548 bestellt werden. Auftragssumme ca. 1 Mio Franken. Diese beiden Aufträge sind von 1981 bis 1984 beschäftigungswirksam.

Weitere Beschaffungsaufträge an die Firma Mowag stehen zur Zeit nicht in Aussicht.

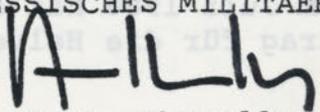
- 2.2. Der Firma Mowag konnte eine Projektstudie für einen geländegängigen Lieferwagen 1 bis 1,5 t 4 x 4 (Ersatz für Pinzgauer) in Auftrag gegeben werden. Bestellsumme Fr. 500'000.--. Eine gleiche Studie erarbeiten aber auch die Firmen Saurer AG, Arbon, und Bucher-Guyer AG, Niederwenigen. Es ist geplant, nach Eingang der Studien 2 der genannten Firmen mit der Herstellung von je 3 Prototypen zu beauftragen. Eine Seriebeschaffung erfolgt frühestens Ende der 80iger Jahre.

Gemäss dem militärischen Pflichtenheft sollen ca. 1'000 Fahrzeuge à ca. Fr. 60'000.-- beschafft werden. Eine Prognose bezüglich Berücksichtigung der Firma Mowag kann im heutigen Zeitpunkt nicht gemacht werden.

Ueber weitere mögliche Entwicklungen und Bedürfnisse können zur Zeit keine Aussagen gemacht werden. Aufgrund der Verhandlungen in der KML-Sitzung vom 19./20. Juni 1980 über den Ausbau der Armee nach 1985 müssen durch den Stab GGST vorerst klare militärische Bedürfnisse herausgeschält werden.

- 2.3. Die beiliegende Aufstellung zeigt die noch nicht erledigten Bestellungen an die Firma Mowag.

EIDGENOESSISCHES MILITAERDEPARTEMENT


G.-A. Chevallaz



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.51.14.21.20.Formose

Berne, le 17 décembre 1980

PRO/SAL

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Distribuée

Au Conseil fédéral

Exportation de matériel
de guerre vers Taiwan

Prise de position relative au rapport complémentaire du DMF du 8.9.1980

Introduction

La question de l'exportation de matériel de guerre vers Taiwan nous occupe depuis bientôt deux ans. Le Conseil fédéral a déjà été saisi à trois reprises de ce problème par l'ing. W. Ruf, directeur de la société MOWAG à Kreuzlingen. Les deux premières demandes d'autorisation d'exportation ont été refusées. La troisième requête, qui est l'objet de la présente note, est encore en suspens.

Historique

- 8.6.1979 Demande de préavis d'autorisation d'exportation de matériel de guerre vers Taiwan de la société Mowag au DMF.
- 21.6.1979 Préavis négalif communiqué à Mowag par le DMF.
- 13.8.1979 Demande formelle d'autorisation de fabrication de Mowag pour ce même matériel malgré le préavis négatif.
- 14.11.1979 Le Conseil fédéral refuse d'accorder l'autorisation demandée.
- 10.12.1979 Demande de réexamen de sa requête du 13.8.1979 par Mowag.
- 27.2.1980 Nouveau refus du Conseil fédéral.
- 26.6.1980 Troisième intervention de Mowag pour obtenir l'autorisation en question.
- 3.9.1980 Le Conseil fédéral charge le DMF de réétudier le problème.

Etat actuel de la question

Le Président de la Confédération avait suggéré au chef du Département fédéral des affaires étrangères de sonder, de façon informelle, l'Ambassadeur de Chine à Berne sur la réaction du gouvernement de la République Populaire de Chine à l'exportation de Suisse du matériel de guerre incriminé vers Taïwan.

L'occasion de réaliser ce sondage ne s'est pas présentée jusqu'à présent. Nous estimons, réflexion faite, qu'il ne paraît guère opportun et difficilement réalisable d'y procéder. Un entretien entre quatre yeux avec l'ambassadeur ne saurait se faire vu la présence inévitable d'un interprète. L'Ambassadeur de Chine, ne pouvant donc pas se prononcer de façon discrète sur ce point délicat, ne ferait certainement que répéter la position négative générale de son gouvernement que nous connaissons. De même, pour des raisons semblables un premier sondage à un niveau inférieur auprès d'un collaborateur de l'ambassade s'avérerait peu opportun.

Appréciation du problème par notre ambassade à Beijing

Le 15.8.1980, notre ambassade à Beijing nous signale que la réunification de la province de Taïwan à la "Mère Patrie" continue à figurer dans le cahier des charges de l'armée populaire chinoise. La livraison de matériel de guerre suisse à Taïwan serait dès lors certainement contestée par le gouvernement de Beijing qui risquerait d'élever une protestation et prendrait certainement des mesures de rétorsion, par exemple en excluant certaines offres de nos industries d'exportation qui seraient en concurrence avec d'autres pays.

Questionné à nouveau le 5.12.1980, notre ambassadeur en République Populaire de Chine nous informe, le 10.12.1980, que le ministre des affaires étrangères Huang Hua vient de réagir extrêmement violemment à l'annonce de la conclusion d'un contrat de livraison par les Pays-Bas de sous-marins non armés à Taïwan. L'Ambassadeur des Pays-Bas a été cité, à cette occasion, au MAE où il lui fut expliqué en termes très vifs qu'une livraison de ce genre serait considérée comme un acte inamical envers la Chine qui entraînerait une perturbation sensible des relations entre les deux pays. Cette attitude a été précédée à la fin du mois de novembre par une mise en garde non moins claire du vice-ministre des affaires étrangères chinois à l'adresse de la nouvelle administration américaine qui s'installera à Washington au début de l'an prochain. Le vice-ministre a indiqué, à cette occasion, que de nouvelles ventes d'armes à Taïwan par Washington mettraient en danger les relations diplomatiques qui existent entre la Chine et les Etats-Unis.

Position du DFAE

Vu l'attitude négative, voire le durcissement du gouvernement de la République Populaire de Chine face aux exportations de matériel de guerre vers Taïwan, nous maintenons notre prise de position négative à l'égard de la demande d'autorisation d'exportation vers Taïwan de la société Mowag.

Nous avons motivé cette attitude dans notre co-rapport du 7.8.80 et dans notre co-rapport complémentaire du 19.8.80. En résumé, notre position est la suivante:

- L'exportation de matériel de guerre vers un territoire avec lequel nous n'entretiens pas de relations officielles exigerait le contrôle de la validité d'une déclaration de non-réexportation

- 4 -

(art.17 de l'Ordonnance sur le matériel de guerre du 10.1.1979), ce qui impliquerait une reconnaissance de facto de Taïwan.

- La situation politique de la région Chine-Vietnam-URSS et l'état de guerre civile entre la République Populaire de Chine et la province sécessionniste de Taïwan nous fait classer cette région comme "zone de tension" (art. 11 de la loi sur le matériel de guerre).
- Nos relations économiques et politiques avec la République Populaire de Chine seraient mises en danger au cas où nous accorderions cette autorisation.

Nous estimons qu'il est impératif de liquider définitivement cette question en répondant négativement à la troisième demande d'autorisation d'exportation de matériel de guerre vers Taïwan, formulée par l'ing. W. Ruf, directeur de la société Mowag à Kreuzlingen.

Il incomberait au Département militaire fédéral, compétent en la matière, de communiquer la décision du Conseil fédéral au requérant.

Le Chef
du Département fédéral
des affaires étrangères



Pierre Aubert